

Es wird mehr Französisch gesprochen

Bilinguismus macht nicht mehr an den Stadtgrenzen Halt. Auch im Berner Seeland ist Französisch verbreitet.

In mehreren deutschsprachigen Gemeinden der Region Biel-Seeland nimmt der Anteil der französischsprachigen Bevölkerung weiter zu. Das geht aus einer Umfrage des Forums für die Zweisprachigkeit hervor. Die demografische Entwicklung wirft in einigen dieser Gemeinden Fragen auf.

«Die Bewegung einer zunehmend französischsprachigen Bevölkerung in unsere Region macht nicht an den Grenzen von Biel halt», sagte die Direktorin des Forums für die Zweisprachigkeit, Virginie Borel, der Nachrichtenagentur Keystone-SDA. Der Trend lasse auch in den Nachbargemeinden nicht nach.

Hoher Anteil der Frankophonen in Biel

In Biel ist der Anteil der Einwohnerinnen und Einwohner, die Französisch als Verwaltungssprache gewählt haben, zwischen Ende 2023 und 2024 von 43,9 auf 44,4 Prozent gestiegen. Das Forum für die Zweisprachigkeit stellte fest, dass die Verwaltungskreise Biel und Seeland von dieser mehrsprachigen Entwicklung geprägt sind. Die Region umfasst 61 Gemeinden, von denen 59 deutschsprachig und zwei zweisprachig sind – nämlich Biel und Leubringen.

Von den 46 Gemeinden, die an der Umfrage teilnahmen, weisen 31 einen Anteil an Französischsprachigen von weniger als einem Prozent auf, während in zehn weiteren Gemeinden der Anteil zwischen 10 und 20 Prozent liegt. In fünf Gemeinden liegt der Anteil der Französischsprachigen bei mehr als 21 Prozent. Insbesondere in Nach-



Nicht nur im Stadtzentrum Biels wird oft Französisch gesprochen, sondern auch im angrenzenden Seeland.

Bild: Oliver Menge

bargemeinden Biels wie Nidau, Port oder Brügg gibt es eine starke französischsprachige Minderheit. Gleiches gilt für die an den Kanton Neuenburg angrenzenden Gemeinden wie Gals oder Gampelen. Viele Französischsprachige entscheiden sich aus steuerlichen Gründen oder wegen der Wohnungssuche dafür, sich in diesen Gemeinden niederzulassen.

Die Studie zeigt, dass die Mehrheit der deutschsprachi-

gen Gemeinden sowohl auf ihren Websites als auch in ihren amtlichen Publikationen ausschliesslich auf Deutsch kommuniziert. Viervon ihnen bieten jedoch auch Inhalte auf Französisch an, so etwa die Stadt Nidau. In dieser Bieler Nachbargemeinde spricht mehr als ein Viertel der Bevölkerung Französisch.

Auf schulischer Ebene findet der Unterricht mehrheitlich in deutscher Sprache statt. Part-

nerschaften mit anderen Gemeinden ermöglichen jedoch lokal Angebote in französischer Sprache, kommt die Umfrage zum Schluss. Sie wurde zwischen Juni und August 2024 durchgeführt und Anfang Woche den Gemeinden vorgestellt.

In Bezug auf die internen Sprachkenntnisse schätzen 27 Gemeinden, dass mehr als 70 Prozent ihres Verwaltungspersonals die mündlichen Grundlagen der zweiten Amtssprache

beherrschen. Nur acht Gemeinden bieten aber eine Weiterbildung in diesem Bereich an.

Mangel an finanziellen Mitteln

Aufgrund der Zunahme der französischsprachigen Bevölkerung äussern einige Gemeinden einen erhöhten Bedarf an sprachlicher Unterstützung. Sie verweisen auf die begrenzten finanziellen und personellen Ressourcen, die mit der Entwick-

lung zweisprachiger Angebote verbunden sind. Sei es für die Ausbildung des Personals, für Übersetzungen oder für die Kommunikation.

Dabei werden zunehmend digitale Instrumente eingesetzt, insbesondere im Zusammenhang mit Künstlicher Intelligenz.

In Anbetracht dieser Herausforderungen schlugen die Autorinnen und Autoren des Barometers den Gemeinden mehrere Denkrichtungen vor:

Sensibilisierung der Verwaltungen und der Bevölkerung für die Herausforderungen der Zweisprachigkeit, Förderung einer zweisprachigen Kommunikation in den als prioritär eingestuften Bereichen oder Unterstützung des Sprachaustauschs zwischen Schülerinnen und Schülern.

Zweisprachigkeit als Potenzial für Attraktivität

Der Bericht unterstreicht, dass die Zweisprachigkeit, obwohl sie auch als Herausforderung wahrgenommen wird, ein Unterscheidungsmerkmal der Region ist. Sie trägt zum kulturellen Reichtum, zum sozialen Zusammenhalt und zur Attraktivität des Berner Seelands bei.

Nach Ansicht der Studienautorinnen und -autoren muss die Entwicklung der Mehrsprachigkeit unter Beachtung der gesetzlichen Rahmenbedingungen, der verfügbaren Ressourcen und der Entscheidungen der Gemeinden erfolgen.

Die Befragung in Auftrag gegeben hat der Rat für französischsprachige Angelegenheiten in Biel (CAF) und der Verein Seeland.Biel/Bienne. (sda)

Mietinitiative knapp angenommen

Vormieten müssen künftig offengelegt werden.

Oliver Menge

Die Stimmberechtigten im Kanton Bern haben am Abstimmungssonntag eine heiss diskutierte Vorlage knapp angenommen. 176'972 Ja-Stimmen standen 168'723 Nein-Stimmen gegenüber. Die neue Regel verpflichtet Vermieterinnen und Vermieter, beim Abschluss eines neuen Mietvertrags die Vormiete offenzulegen – jedoch nur in Gemeinden, in denen die Leerstandsquote 1,5 Prozent oder tiefer liegt.

Stadt-Land-Gefälle entscheidend

Sieben von zehn Verwaltungskreisen lehnten das Begehren ab, zum Teil deutlich. Ja sagten der Berner Jura sowie die Verwaltungskreise mit den bevölkerungsstarken Städten Bern und Biel. Diese entschieden die Abstimmung letztlich zugunsten der Initianten: Die Stadt Bern sagte Ja mit einer Dreiviertel-Mehrheit, Biel mit fast 70 Prozent. Mittelland und Emmental: Hier fiel das Resultat

gemischt aus, teils knapp Ja, teils knapp Nein. Oberland: In vielen ländlichen Gebieten resultierten klare Nein-Mehrheiten. In zahlreichen ländlichen Verwaltungskreisen lagen die Nein-Anteile deutlich über 55 Prozent.

Hier sahen viele Stimmberechtigte keinen akuten Handlungsbedarf und befürchteten zusätzliche Bürokratie. Dieses Stadt-Land-Gefälle war letztlich ausschlaggebend: Ohne die klaren Ja-Mehrheiten in den

Städten wäre die Initiative gescheitert. Damit spiegelte das Resultat die Realität des Wohnungsmarktes wider: In den Städten sind die Mieten hoch und das Angebot knapp, auf dem Land dagegen entspannter.

Reaktionen der Verbände und Parteien

Das Ja zur Initiative sei ein wichtiger Schritt, freute sich der Mieterinnen- und Mieterverband Kanton Bern. Missbräuchliche



Mieterinnen und Mietern müssen bei neuen Mietverträgen die Vormieten künftig offengelegt werden.

Bild: Oliver Menge

Mieterhöhungen könnten künftig einfacher erkannt und verhindert werden, und bezahlbarer Wohnraum bleibe erhalten. Bern führe das Instrument als zehnter Kanton ein.

Die bürgerliche Regierung und die Parlamentsmehrheit hatten die Initiative abgelehnt. Die Formularpflicht helfe nicht, die aktuelle Situation auf dem Wohnungsmarkt zu verbessern. Die Initiative bringe bloss neuen Aufwand und Bürokratie mit sich.

Die SVP bedauerte den Ausgang der Abstimmung. Nun werde sich zeigen, ob die zusätzliche Bürokratie auch einen Nutzen bringe. Die SVP werde sich weiterhin dafür einsetzen, dass genügend Wohnungen für die Bevölkerung da sind – vor allem durch eine Begrenzung der Zuwanderung.

Der Kanton Bern reiht sich mit dem Ja in eine Gruppe von Kantonen ein, die bereits ähnliche Vorschriften zum Vorteil von Mietern kennen – darunter Basel-Stadt, Zürich, Genf, Freiburg und Luzern. (sda, SRF)

In Nidau kommt es zur Stichwahl

Stadtpräsidiumswahl In der Stichwahl vom 2. November stehen sich Tobias Egger (SP) und Beat Cattaruzza (GLP) gegenüber. Sie lagen im ersten Wahlgang vorn: Egger holte 699 Stimmen, Cattaruzza 337. Amtsinhaberin Sandra Hess (FDP) trat nach zwölf Jahren nicht mehr zur Wiederwahl an. Die Wahlbeteiligung betrug 46 Prozent. Im sechsköpfigen Gemeinderat eroberte die SP den Sitz, den bisher die Grünen inne hatten. Diese waren nicht mehr zur Wahl angetreten. Die SP hat neu drei Sitze, GLP, SVP und FDP je einen.

Einer der gewählten Gemeinderäte – Egger oder Cattaruzza – wird im November zum Stadtpräsidenten gewählt. An seine Stelle wird das Ersatzmitglied in den Gemeinderat nachrücken. Bei den Wahlen vom Sonntag holte Tobias Egger (SP/bisher) das beste Ergebnis mit 1337 Stimmen, gefolgt von Sandra Friedli (SP/bisher) mit 1179 Stimmen. Darauf folgen Beat Cattaruzza (GLP/bisher/670), Kathleen Lützelschwab Rickenbacher (SP/neu/578), Markus Baumann (SVP/neu/548) und François Zahnd (FDP/neu/539). (sda)

Ex-EVP-Präsidentin neu gewählt

Lyss Der fünfte Sitz geht an die frühere EVP-Kantonalpräsidentin Christine Schnegg. Sie trat auf der Liste von EVP, GLP und Mitte an. Den Sitz hatte bisher ein Mitte-Mann inne, der nicht mehr antrat. Gemeindepräsident Stefan Nobs

(FDP) schaffte mit 2972 Stimmen das Spitzenresultat. Auf den nächsten Plätzen folgen Kathrin Hayoz (FDP/2266), Patrick Häni (SVP/1820), Stefan Bütikofer (SP/1360) und Christine Schnegg (Zäme für Lyss/874). (sda)